

# Kapitel Hitler beendet

**STADTRAT** Diktator wurde die Ehrenbürgerwürde aberkannt / Die Stadt signalisiert, dass sie keine Verwendung für die Gebäude des Landratsamtes hat.

VON GABI HUEBER-LUTZ, MZ

**KELHEIM.** Der Kelheimer Stadtrat hat in seiner gestrigen Sitzung einstimmig beschlossen, unter das Kapitel der Ehrenbürgerschaft Adolf Hitlers einen Schlussstrich zu ziehen. Erst kürzlich war ins Bewusstsein gerückt, dass Hitler Ehrenbürger der Kreisstadt ist. Wie der geschäftsführende Beamte im Rathaus, Karl Heinz Forster, ausführte, könne ein Widerruf der Ehrenbürgerwürde nur gegenüber lebenden Personen stattfinden. Mit dem Tod des Titelträgers erlösche sie sowieso. Man könne aber mit Beschluss festlegen, dass die Ehrenbürgerwürde zu Unrecht verliehen wurde. Genau das tat der Rat dann auch: „Die Stadt Kelheim distanziert sich von Adolf Hitler und stellt fest, dass die Ehrenbürgerwürde zu Unrecht verliehen wurde. Die Ehrenbürgerwürde wird Adolf Hitler symbolisch aberkannt“, lautete der einstimmige Beschluss.

So schnell der eine Punkt abgehandelt war, so intensiv beschäftigte sich das Gremium mit den Gebäuden des Landratsamtes. Die Entscheidung fiel schnell, dass es für die Stadt weder sinnvoll noch finanzierbar sei, die Gebäude des Landratsamtes zu erwerben, sollte sich der Kreistag für einen

Neubau entscheiden. 21 Stadträte sprachen sich dafür aus. Sie machten dem Kreisrat gegenüber gleichzeitig deutlich, dass die Stadt es bedauern würde, sollte der Landkreis sich für einen Neubau des Amtes entscheiden.

Diskussionen löste die Resolution aus, die Christiane Lettow-Berger (Grüne) eingebracht hatte. Mit 18 Ja-Stimmen wurde der Resolution schließlich entsprochen. In ihr kommt zum Ausdruck, dass die Stadt es sehr bedauert, wenn die Verwaltungsgebäude und damit verbunden die innenstadtnahen Arbeitsplätze ohne angemessene Nachfolge aufgegeben würden, da damit die Innenstadt geschwächt würde. „Wir wollen nicht, dass die Gebäude leer stehen!“, betonte sie. Auch Bürgermeister Fritz Mathes befürwortete die Resolution. Ebenso plädierte Raimund Fries (CSU) für ein deutliches Signal: „Die Entscheidung des Kreistages basiert ganz wesentlich auf dem, wie sich die Stadt Kelheim heute positioniert.“

An der Resolution Lettow-Bergers entzündete sich auch eine Standortdebatte, in der Befürchtungen laut wurden, das Landratsamt könnte die Kreisstadt verlassen.

Zweiter Bürgermeister Franz Peter Sichler (SPD) mahnte keine Standortdiskussion herbeizureden und sagte: „Ich kann mir nicht vorstellen, dass der Kreisrat so unverantwortlich handelt, dass es ihn nicht interessiert, was mit den Gebäuden geschieht.“ Reinhard Listl (FDP) sprach sich ebenso wie Christian Prasch (CSU) dafür aus, nicht die Standortfrage des Landratsamtes isoliert zu sehen, sondern die Gesamtsituation in Kelheim zu diskutieren.